

EUROPÄISCHE UNION

Let's talk about Europe



Can you hear me? EU-Kommissarin Margot Wallström will weg vom Monolog hin zum Dialog mit den EU-BürgerInnen. Intern soll sie in Brüssel bereits in ihrem Elan gebremst worden sein.

(Foto: EU-Kommission)

Die EU-Institutionen müssen besser kommuniziert werden - das besagt ein neues Weißbuch aus Brüssel. Auch in Luxemburg gibt's große Wissenslücken in punkto EU - das zeigt der neue Eurobarometer.

"Wie Sie wissen, ist es nicht das erste Mal, dass wir über die Kommunikation in der EU reden." Als die Vizepräsidentin der EU-Kommission, Margot Wallström, am Mittwoch mit diesen Worten die Pressekonferenz in Brüssel eröffnete, wusste sie, dass es schwer sein würde, das Neue an der Brüsseler Strategie hervorzuheben.

Mit dabei hatte sie das druckfrische Weißbuch zur europäischen Kommunikationspolitik. Und im darin festgehaltenen Maßnahmenkatalog sticht das Innovative wahrlich nicht ins Auge. Die Analyse des Ist-Zustands enthält kaum einen Punkt, der nicht schon in früheren Brüsseler Papieren festgehalten wurde. Die Kommunikation sei derzeit eine reine Brüsseler Angelegenheit, einzig die EU-Institutionen und nicht etwa die EU-BürgerInnen bestimmten die Tagesordnung, es fehlten gemeinsame Visionen und Prinzipien.

"Was ist also neu an dem, was wir vorschlagen?", fragte am Mittwoch Margot Wallström - und es hörte sich fast ein wenig verzweifelt an. In der Tat klingen Phrasen wie "Weg vom Monolog hin zum Dialog", "Ermächtigung der Bürger" oder "die Nutzung neuer Medien und Technologien" alles andere als neu. Das nun vorgestellte Weißbuch zur Kommunikation ist sozusagen der Hauptgang eines ganzen Menüs, den Wallström seit ihrer Amtseinführung im Oktober vergangenen Jahres präsentierte. Eigens um die großen Kommunikationsdefizite zu beheben, hatte Präsident José Barroso die frühere Umweltkommissarin zusätzlich als Vizepräsidentin für Kommunikationsstrategien eingesetzt. Nach dem Debakel der EU-Referenden in Frankreich und in den Niederlanden lancierte Wallström im ver-

gangenen Herbst den Plan D für Demokratie, Dialog und Debatte. Ein Plan, der seinen Weg bislang ebenfalls kaum zu den bürgerlichen Stammtisch-Stuben gefunden hat.

Stattdessen klammert man sich in Regierungskreisen gerne an ihn, wenn es um das Ausfeilen von Strategien für ein bürgernäheres Europa geht. Der für Europafragen zuständige Luxemburger Minister Nicolas Schmidt ließ unlängst verlauten, ab März starte man auch in Luxemburg eine neue Serie "lebendiger Diskussionen" rund um die EU. Inklusive Auftritten in Schulen und einem speziellem Internet-Auftritt - auch das klingt nicht besonders neu.

Wallström im Kulturkrieg

In Luxemburg genießt die EU indessen weiterhin großes Vertrauen. Der am vergangenen Freitag publizierte Eurobarometer stuft die Zustimmung der LuxemburgerInnen gegenüber der EU bei 60 Prozent ein. Allerdings: Mehr Europa wollen auch die Muster-EU-BürgerInnen aus dem Großherzogtum nicht: Lediglich 31 Prozent sind für die Weiterführung der Erweiterung. Die LuxemburgerInnen gehören jedoch weiterhin zu denen, die am stolzesten sind, EuropäerInnen zu sein. Zudem mangelt es ihnen am wenigsten an europäischem Selbstbewusstsein: Ganze 54 Prozent sind der Meinung, dass ihre Stimme in der EU zählt. Für den kleinsten Mitgliedstaat ist das im Vergleich zum EU-Durchschnitt (33 Prozent) ein überraschend hoher Anteil.

Doch Aufklärung tut auch hierzulande Not, denn große Lücken tun sich auf, wenn es um das Wissen über die Struktur des EU-Haushaltes geht. Fast jede dritte

befragte Person war der Meinung, dass in der EU das meiste Geld in die Verwaltung fließt. Lediglich 22 Prozent wissen, dass die Landwirtschaft den größten Batzen aus Brüssel erhält. In der Haltung zur Verfassung spiegelt sich das Ergebnis des Referendums vom 10. Juli wieder: Jeder Zweite will, dass der Vertrag neu verhandelt wird.

Dem neuen Weißbuch nach will Brüssel nun sechs Monate lang die UnionsbürgerInnen konsultieren. Erst "nach Abschluss der Konsultationsphase äußert sich die Kommission und erarbeitet mit den betroffenen Parteien entsprechende Aktionspläne", heißt es in der Pressemitteilung vom Mittwoch. Kommunizieren will man unter anderem übers Internet - aber auch über "alte Medien". Ziel ist es, eine Europäische Charta, einen Kodex für Information und Kommunikation zu erstellen.

Den Informationen der Brüsseler Pressagentur eupolitic nach wurde Margot Wallström bereits vor der Veröffentlichung ihres Weißbuches intern stark gebremst. Sowohl Präsident Barroso als auch Vizepräsident Günther Verheugen hätten mehrmals eine Überarbeitung des Textes verlangt. "Wallström führt eine Art Kulturkrieg gegen einige Kollegen und die alte Garde der Funktionäre", wird eine anonyme Quelle zitiert. Eine eigenständige europäische Presseagentur und ein europäisches College für Lehrkräfte waren wohl die beiden Ideen der Kommissarin, die auf den größten Widerstand stießen. Der Text sei umgeschrieben worden, so Wallström gegenüber eupolitic, dabei seien "kontroverse und missverständliche" Vorschläge gestrichen worden. So habe sie keinesfalls, wie das in der Brüsseler Gerüchteküche kursierte, eine Presseagentur nach dem Modell der sowjetischen Tass angestrebt. Die Agentur würde lediglich den hausinternen audiovisuellen Dienst "Europe by Satellite" ersetzen. Man sei auf der Suche nach professioneller Hilfe, um die Medien mit Infopaketen und fertigen Berichten zu beliefern. Auch die Idee einer europäischen Schule stieß auf Kritik. Der rechtskonservative EU-Abgeordnete Timothy Kirkhope etwa sprach davon, der Plan klinge nach einer Gehirnwäsche für Kinder. "Wir sollten einen Austausch über die besten Ideen und Bücher für diejenigen, die über die EU lehren, haben", gab Wallström klein bei. Dennoch pocht sie auf die Notwendigkeit, dass die Debatte insgesamt weniger national, dafür umso europäischer werden muss. Selbst dem Brüsseler Jargon hat sie den Kampf angesagt. "Von nun an sollte jeder Vorschlag eine Zusammenfassung für Laien in verständlicher Sprache enthalten", so Wallström. Das allerdings wäre wirklich neu.

Danièle Weber

Grüne Forschungspolitik

In Luxemburg wurden die Weichen in punkto Forschung erst recht spät gestellt. Déi Gréng wollen deshalb nicht länger nur über Standorte wie jenen der Uni diskutieren, sondern über Forschungsinhalte. Ein Anlass für die Präsentation der eigenen Forschungsprioritäten war für Déi Gréng die Lissabon-Strategie, deren Richtlinien bis 2010 eine Erhöhung der jährlichen Forschungsgelder auf drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts vorsehen. Gegenüber der bisherigen Ausrichtung der Forschung auf industrielle Anwendung und Rentabilität, fordern Déi Gréng eine Grundlagenforschung, die sich an langfristigen Zielen orientiert. Bemängelt wird eine schlechte Koordination im Bereich der Forschung zwischen Ministerien, Wirtschaft, Universität sowie öffentlichen und privaten Forschungsinstituten. Nachhaltige Forschungspolitik bedarf Transparenz und öffentlicher Diskussionen. Als Beispiel wird die Förderung erneuerbarer Energien genannt. Kritik wird am siebten Europäischen Rahmenprogramm für Forschung und Entwicklung geübt. Mehr als ein Drittel der veranschlagten 72,2 Milliarden Euro sind für Nuklearforschung vorgesehen. Im Gesundheitssektor soll Ursachen- und Präventionsforschung betrieben werden. Für die Human- und Geisteswissenschaften stelle das multilinguale Luxemburg ein interessantes Forschungsfeld dar.

Lux verteidigt Renaturierungen

In den vergangenen Monaten sind mehrere Renaturierungsprojekte von Wasserläufen heftig kritisiert worden. Umweltminister Lucien Lux nutzte am Donnerstag eine Pressekonferenz zum Welttag der Feuchtgebiete, um die Notwendigkeit solcher Projekte zu belegen. In den vergangenen 40 Jahren seien fast fünf Sechstel der Feuchtgebiete den Straßen, Siedlungen und der Landwirtschaft zum Opfer gefallen. Die 13 in Luxemburg noch vorhandenen Amphibienarten seien ausnahmslos vom Aussterben bedroht. "Das soll man sich vor Augen halten, bevor man anfängt, gegen Renaturierungen zu polemisieren", so Lux. Er erinnerte daran, dass das umstrittene Projekt bei Lintgen "kein Einfall von Ökoroantikern" sei, sondern eine in dem Gesetz zur Nordstraße verankerte Kompensationsmaßnahme. Der Minister erklärte sich aber zu Kompromissen bereit. Zum Mamer-Brill-Projekt erklärte er, das Werben um Akzeptanz sei misslungen. Er werde versuchen, mit allen Akteuren eine Lösung zu finden - ohne aber vom Prinzip einer Renaturierung abzuweichen.

Strampeln zum Stahlriesen

Pressekonferenz mit dem Arcelor-Schlucker Mittal in Luxemburg? Kein Problem, fahr'n wir kurz mal hin. Denkste! Ausgerechnet im Hilton haben die belgischen PR-Berater einen Raum gemietet - weiter entfernt vom Stadtzentrum geht es kaum. Zum Glück für Automuffel fährt ein Bus, aber leider nur alle 30 Minuten. Die letzten Meter hinauf zum Hotel gilt es dann doch per Klapprad zu bewältigen. Eine düstere Vorahnung lässt den rasenden woxx-Reporter nervös werden: Lieber nicht zu spät kommen, sicher wird die halbe Welt dort antreten. Tatsächlich ist es (fast) die ganze Welt, und das Mini-Konferenzzimmer bietet nicht einmal halb so viele Sitzgelegenheiten, als es in Luxemburg akkreditierte Medienbetriebe gibt. Also doch nur ein Blick aus der zweiten Reihe auf den drittreichsten Mann der Welt. Das Gespräch sollte möglichst intim sein, meint der Pressesprecher gar nicht mal verlegen. Vielleicht war es ja auch als Einstimmung auf indische Verhältnisse gedacht: 80 Menschen auf 20 Quadratmeter - so etwas nennt sich Synergie.

Ihre Meinung ist gefragt (sofern Sie EU-BürgerIn sind): einfach mal reinklicken unter http://europa.eu.int/comm/communication_white_paper/index_de.htm